

Ulrich Laute **Die politische Entwicklung Kolumbiens im Jahr 2000**

Nach wie vor steht die politische Situation Kolumbiens ganz im Zeichen der Bemühungen um eine friedliche Lösung des seit fast vier Jahrzehnten währenden bewaffneten Konflikts. Mit großer Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit hält die Regierung von Staatspräsident Andrés Pastrana Arango an dem von ihr eingeschlagenen Kurs fest, in dessen Mittelpunkt der 1998 begonnene Friedensprozess mit der größten Guerillabewegung FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) steht. Dass das südamerikanische Land gleichwohl von einer politischen Lösung des Konflikts noch weit entfernt ist, beweist andererseits die kontinuierliche Eskalation der von der Guerilla und den ultrarechten paramilitärischen Gruppen ausgehenden Terrorakte, die die Leidensfähigkeit der Bevölkerung auf eine harte Probe stellen. Die Glaubwürdigkeit und die Erfolgsaussichten des Friedensprozesses hängen unter diesen Umständen vor allem davon ab, ob es gelingt, den Schutz der Zivilbevölkerung zu verbessern und so zumindest zu einer „Humanisierung des Konflikts“ zu gelangen.

■ **Politische Gewalt auf neuem Höchststand**

Wie die offiziellen Statistiken belegen, hat die politisch motivierte Gewalt im zurückliegenden Jahr einen neuen Höchststand erreicht: In den Monaten Januar bis Dezember 2000 wurden insgesamt 1863 Morde an Zivilisten verzeichnet, von denen jeweils etwa die Hälfte von Paramilitärs (53 Prozent) und Guerilla (47 Prozent) begangen wurden. Besonders gravierend ist die Zunahme der von beiden Gruppen

Die politische Situation Kolumbiens steht ganz im Zeichen der Bemühungen um eine friedliche Lösung des seit fast vier Jahrzehnten währenden bewaffneten Konflikts. Der von der Regierung Pastrana begonnene Friedensprozess mit der größten Guerillagruppe FARC hat bisher nicht zu greifbaren Ergebnissen geführt. Stattdessen ist es zu einer weiteren Eskalation der von Guerilla und paramilitärischen Gruppen ausgehenden terroristischen Gewalt gekommen. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich die Möglichkeit einer Polarisierung zwischen Befürwortern und Gegnern des Friedensprozesses ab – eine Entwicklung, die nicht ohne Risiken für den bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampf ist.

■ **Dramatische Ausmaße hat der ungebremste Anstieg der Entführungen angenommen, die mit mehr als 3700 Fällen die Zahlen der Vorjahres bei weitem übertroffen haben. In ihrer überwiegenden Mehrheit werden Entführungen aus erpresserischen Motiven begangen.**

verübten Massaker an der Zivilbevölkerung, denen insgesamt 1282 Menschen zum Opfer fielen. Etwa zwei Drittel der Massaker gehen auf das Konto der paramilitärischen Gruppen, die übrigen Fälle wurden von der Guerilla, in erster Linie den FARC, verübt.

Dramatische Ausmaße hat der ungebremste Anstieg der Entführungen angenommen, die mit mehr als 3700 Fällen die Zahlen der Vorjahres bei weitem übertroffen haben. In ihrer überwiegenden Mehrheit werden Entführungen aus erpresserischen Motiven begangen. Die aus Lösegeldzahlungen erzielten Einnahmen bilden eine wesentliche Finanzierungsgrundlage der Guerilla. So überrascht es nicht, dass die Guerillaorganisationen FARC und ELN für mehr als die Hälfte der Entführungsfälle verantwortlich sind, während knapp zehn Prozent – allerdings mit steigender Tendenz – auf das Konto der Paramilitärs gehen.

In Kolumbien hat sich in den vergangenen Jahren eine ganz unter kommerziellen Gesichtspunkten betriebene „Entführungsindustrie“ etabliert, die in ihrer Art beispiellos ist. Das Ausmaß des Problems wird u.a. daran deutlich, dass etwa 60 Prozent der weltweit registrierten Entführungen in Kolumbien stattfinden. Die Hauptverantwortlichen, die Guerillaorganisationen FARC und ELN, haben bisher keine Bereitschaft erkennen lassen, von dieser für sie lukrativen Praxis Abstand zu nehmen. Es ist daher zu befürchten, dass sich der negative Trend der vergangenen Jahre noch weiter fortsetzen wird, zumal auch die paramilitärischen Gruppen zunehmend an Entführungen beteiligt sind.

■ **Der Friedensprozess in der Krise**

Die anhaltende Eskalation der Gewalt hat das Vertrauen der Bevölkerung in den Friedenswillen der Guerilla nachhaltig erschüttert und den Friedensprozess zuletzt bis an den Rand des Scheiterns geführt.

Bedingt durch die mangelnde Konzessionsbereitschaft der Guerilla kam es bei den Friedensgesprächen zu keinen greifbaren Ergebnissen. Zwar konnten sich Regierung und FARC im Januar 2000 auf einen Verhandlungsmechanismus einigen, demzufolge nacheinander über folgende Themenblöcke verhandelt werden sollte: (1) Reform des Wirtschafts- und Sozialmodells, (2) Wahrung der Menschenrechte und

Einhaltung des humanitären Völkerrechts sowie (3) Reform des politischen Systems. Inhaltliche Fortschritte konnten jedoch nicht erreicht werden. Die Gespräche zu Fragen des Wirtschaftsmodells blieben, abgesehen von einer spektakulären Reise der Friedenskommission durch mehrere europäische Länder, ergebnislos.

Enttäuscht wurden auch die Hoffnungen auf Fortschritte bei der Beachtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts. Stattdessen setzten die FARC ihre terroristischen Aktivitäten unvermindert fort und verletzten – so z.B. durch die massive Zwangsrekrutierung von Kindern und Jugendlichen – in massiver Form elementare Forderungen des humanitären Völkerrechts. Als sich im Herbst 2000 erstmals die Möglichkeit konkreter Vereinbarungen über einen verbesserten Schutz der Zivilbevölkerung abzuzeichnen schien, unterbrach die Guerilla die Gespräche. Die von den FARC angeführte Begründung, die Regierung bekämpfe die paramilitärischen Gruppen nicht energisch genug, erscheint dabei den meisten Beobachtern als Vorwand.

Durch die einseitige Suspendierung der Friedensgespräche verschärfte sich die politische Kontroverse über die Fortsetzung des Friedensdialogs mit den FARC. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die entmilitarisierte Zone im Süden Kolumbiens verlängert werden sollte.

In diesem etwa 42 000 km² großen neutralisierten Rückzugsgebiet, das im November 1998 für die Friedensgespräche geschaffen worden war, übt die Guerilla weitgehend ungehindert die politische Kontrolle aus. Alles deutet darauf hin, dass die FARC das von ihnen verwaltete Gebiet gezielt zum Ausbau ihrer militärischen Position genutzt haben. Erkenntnissen des kolumbianischen Militärs zufolge hat die Guerilla ihre Dominanz im Süden des Landes weit über das von der Regierung zugestandene Territorium ausgedehnt. Besonders bedenklich sind ferner die von den FARC innerhalb der entmilitarisierten Zone begangenen massiven Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, darunter Erschießungen und Folterungen, die u.a. in dem von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch in einem im Dezember 2000 vorgestellten Bericht dokumentiert werden.

■ Erkenntnissen des kolumbianischen Militärs zufolge hat die Guerilla ihre Dominanz im Süden des Landes weit über das von der Regierung zugestandene Territorium ausgedehnt. Besonders bedenklich sind ferner die von den FARC innerhalb der entmilitarisierten Zone begangenen massiven Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht.

■ **Der Friedensprozess wurde jedoch kurz vor Jahreswechsel einer neuen Belastungsprobe ausgesetzt, als der Präsident der Friedenskommission des Kongresses, Diego Turbay, mit sechs Begleitern – allem Anschein nach von Guerilleros der FARC – in unmittelbarer Nähe der entmilitarisierten Zone ermordet wurde.**

Anfang Dezember verfügte Staatspräsident Pastrana zunächst eine Verlängerung des Status der entmilitarisierten Zone bis zum 31. Januar, um der Guerilla Gelegenheit zu geben, bis zu diesem Zeitpunkt an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Stattdessen wurde der Friedensprozess jedoch kurz vor Jahreswechsel einer neuen Belastungsprobe ausgesetzt, als der Präsident der Friedenskommission des Kongresses, Diego Turbay, mit sechs Begleitern – allem Anschein nach von Guerilleros der FARC – in unmittelbarer Nähe der entmilitarisierten Zone ermordet wurde.

■ **Die Übereinkunft von Los Pozos – eine neue Chance für den Friedensprozess?**

Alle Bemühungen, trotz dieses neuerlichen Rückschlags eine Wiederaufnahme der Friedensgespräche zu ermöglichen, blieben zunächst erfolglos. Unter diesen Umständen stand die Regierung Ende Januar vor dem Dilemma, entweder mit der Verlängerung der entmilitarisierten Zone ein weiteres einseitiges Zugeständnis an die Guerilla zu machen oder aber den Friedensprozess mit den FARC zu beenden – mit der Gefahr einer unkontrollierbaren Eskalation des Konflikts.

In einer allgemein als Ultimatum verstandenen Erklärung machte Staatspräsident Pastrana eine weitere Verlängerung des Rückzugsgebiets von einem persönlichen Treffen mit Guerillaführer Marulanda abhängig, das am 8./9. Februar in Los Pozos in der entmilitarisierten Zone stattfand. Kernpunkt der zwischen Regierung und FARC erzielten Übereinkunft bildet die Wiederaufnahme der Friedensgespräche, wobei als eines der zentralen Themen ein möglicher Waffenstillstand genannt wird. Darüber hinaus einigten sich beide Seiten auf wesentliche Elemente für den künftigen Verhandlungsmechanismus. Als Fortschritte können dabei unter anderem die geplante stärkere Einbeziehung der internationalen Gemeinschaft sowie die Schaffung einer Kommission unabhängiger Persönlichkeiten gewertet werden, die Vorschläge für die Bekämpfung des Paramilitarismus, aber auch für eine Humanisierung des Konflikts erarbeiten soll. Zudem erklärten die FARC, sich der Bekämpfung des Drogenanbaus nicht grund-

sätzlich widersetzen zu wollen, sofern dabei auf die Interessen der betroffenen Bevölkerung Rücksicht genommen und auf großflächige Besprühungen verzichtet werde.

Die Übereinkunft von Los Pozos ist zweifellos ein persönlicher Erfolg von Staatspräsident Pastrana. Es ist dem Präsidenten gelungen, ein drohendes Scheitern des Friedensprozesses abzuwenden, ohne der Guerilla durch weitere einseitige Zugeständnisse entgegenzukommen. Nach allgemeinem Eindruck konnte Pastrana auf diese Weise die Glaubwürdigkeit des Friedensprozesses zumindest teilweise wiederherstellen, was sich auch in deutlich verbesserten Werten der Regierung in den Meinungsumfragen niederschlägt. Dieser taktische Erfolg erweitert den Handlungsspielraum der Regierung und ist daher für den weiteren Verlauf der Friedensgespräche von erheblicher Bedeutung.

Auf der anderen Seite sind Zweifel angebracht, ob Los Pozos die Bedingungen für substantielle Fortschritte bei den Verhandlungen grundsätzlich verbessert hat. Die Übereinkunft berührt fast ausschließlich prozedurale Aspekte und enthält keine Vereinbarungen zu inhaltlichen Fragen wie z.B. der Einhaltung des humanitären Völkerrechts. Die mit viel Optimismus aufgenommenen Erklärungen des militärischen Führers der FARC, Jorge Briceño (alias „Mono Jojoy“), die Guerilla werde künftig auf die Verwendung von Gaszylindern gegen die Zivilbevölkerung sowie auf die Rekrutierung von Kindern unter 15 Jahren verzichten, erscheinen wenig glaubwürdig, nachdem die FARC nur elf Tage später bei einem Überfall auf ein Dorf im Departement Tolima erneut Gaszylinder einsetzte.

Aufgrund ihrer militärischen Stärke zeigen die FARC nach wie vor kaum Bereitschaft zu nennenswerten Zugeständnissen. Mit über 16 000 Kämpfern und einer Präsenz in mehr als der Hälfte der 1108 Gemeinden Kolumbiens kontrollieren sie vor allem im Süden und Südosten weite Teile des Landes. Jährliche Einkünfte von über 450 Millionen US-Dollar, die vor allem aus dem Drogenhandel, Entführungen und Erpressungen erzielt werden, machen die FARC zu einer der finanzkräftigsten Guerillabewegungen der Welt. In jüngster Zeit verdichten sich die Hinweise auf eine unmittelbare Beteiligung der FARC an

■ Die Übereinkunft von Los Pozos ist zweifellos ein persönlicher Erfolg von Staatspräsident Pastrana. Es ist dem Präsidenten gelungen, ein drohendes Scheitern des Friedensprozesses abzuwenden, ohne der Guerilla durch weitere einseitige Zugeständnisse entgegenzukommen.

Drogenanbau und Drogenhandel. Dies gilt insbesondere für das an der Grenze zu Ecuador gelegene Departement Putumayo, auf das etwa die Hälfte des kolumbianischen Drogenanbaus entfällt. Die verbreitete und auch von der Regierung geteilte Einschätzung, die FARC seien keine „Narcoguerrilla“, wird hierdurch zunehmend in Frage gestellt.

■ Die Diskussion über den Plan Colombia

Besondere Brisanz erhält diese Frage vor dem Hintergrund des Plan Colombia, mit dem die Regierung Pastrana auf internationaler Ebene um Unterstützung wirbt. Der Hilfsplan von insgesamt 7,5 Milliarden US-Dollar verfolgt das Ziel einer integralen Bekämpfung der Ursachen des kolumbianischen Konflikts. Besondere Schwerpunkte liegen auf den Aspekten Armutsbekämpfung, Stärkung der rechtsstaatlichen Institutionen und Bekämpfung des Drogenhandels. Die kontrovers geführte öffentliche Diskussion konzentriert sich jedoch fast ausschließlich auf das letztgenannte Element, d.h. die militärische Bekämpfung des Drogenhandels, für die ein Großteil der von den USA in Aussicht gestellten Unterstützung in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar verwendet werden soll.

Angesichts der engen Verbindung zwischen Guerilla bzw. Paramilitärs und Drogenhandel ist die Umsetzung des Plans von erheblicher Relevanz für den weiteren Konfliktverlauf. Allgemein herrscht die Einschätzung vor, dass die militärische Bekämpfung des Drogenhandels auch das Ziel verfolgt, das Kräfteverhältnis zugunsten des Staates zu verändern und auf diese Weise die Voraussetzungen für eine Verhandlungslösung mit der Guerilla zu verbessern. Andererseits werden Befürchtungen geäußert, der Plan Colombia könne kurzfristig zu einer weiteren Eskalation des Konflikts führen. Solche Besorgnisse werden auch von den Nachbarstaaten Kolumbiens gehegt, die eine Flüchtlingswelle und eine Verlagerung des Drogenhandels auf ihr Territorium befürchten.

Innenpolitisch besteht in Kolumbien jedoch ein breiter Konsens über die Notwendigkeit des Plan Colombia wie auch der US-amerikanischen Unterstützung der Drogenbekämpfung. Von der liberalen

■ Der Hilfsplan von insgesamt 7,5 Milliarden US-Dollar verfolgt das Ziel einer integralen Bekämpfung der Ursachen des kolumbianischen Konflikts. Besondere Schwerpunkte liegen auf den Aspekten Armutsbekämpfung, Stärkung der rechtsstaatlichen Institutionen und Bekämpfung des Drogenhandels.

Opposition wird der Plan spätestens seit dem vielbeachteten Besuch von Präsident Clinton in Cartagena Ende August 2000 nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt. Es herrscht die Auffassung vor, dass eine wirksame Bekämpfung des Drogenhandels und seiner bedrohlichen Verbindung zu den Akteuren des Konflikts ohne eine starke militärische Komponente illusorisch ist. Darüber hinaus bestätigen die Erfahrungen mit dem bisherigen Verlauf des Friedensprozesses, dass substantielle Zugeständnisse der FARC nur dann zu erwarten sind, wenn diese auch militärisch unter Druck geraten. Der Bekämpfung des Drogenhandels, aus dem die FARC einen Großteil ihrer Einnahmen beziehen, kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu.

■ Friedensgespräche mit der ELN?

Der in den sechziger Jahren gegründete ELN (Nationales Befreiungsheer) ist mit etwa 4500 aktiven Kämpfern die zweitstärkste Guerillabewegung Kolumbiens. Im Unterschied zu den FARC hat der ELN in den vergangenen Jahren erheblich an militärischer Stärke eingebüßt. Dies ist der größeren Effizienz des Militärs, aber auch dem Erstarken von FARC und Paramilitärs zuzuschreiben.

Nicht zu unterschätzen ist allerdings das terroristische Potenzial des ELN. Im Jahre 2000 umfassten die Terrorakte dieser Guerilla Anschläge auf die Stromversorgung, massive Blockadeaktionen und spektakuläre Entführungen, wie die Entführung von fast 60 Personen aus Restaurants in der Nähe von Cali. Gleichzeitig wurden jedoch Gespräche zwischen Regierung und Guerilla über die Aufnahme eines eigenen Friedensprozesses geführt. Im Januar 2001 wurde eine Übereinkunft über die Bedingungen solcher Gespräche und die Schaffung eines eigenen Rückzugsgebietes im Süden des Departements Bolívar erzielt, in dem eine „nationale Konvention“ zur Vorbereitung von Friedensverhandlungen stattfinden soll. Anders als im Falle der FARC sind die Zugeständnisse der Regierung an klare Auflagen geknüpft, darunter die Überwachung des Prozesses durch eine gemischte nationale und internationale Kontrollkommission. Ferner ist eine wesentlich stär-

■ Der in den sechziger Jahren gegründete ELN (Nationales Befreiungsheer) ist mit etwa 4500 aktiven Kämpfern die zweitstärkste Guerillabewegung Kolumbiens. Im Unterschied zu den FARC hat der ELN in den vergangenen Jahren erheblich an militärischer Stärke eingebüßt.

kere Einbeziehung von Kirche und Zivilgesellschaft in den Friedensprozess geplant.

Die Bedingungen für einen Friedensprozess mit dem ELN scheinen insbesondere aufgrund seiner schwächeren militärischen Position günstiger zu sein als im Falle der FARC. Offenbar ist sich der ELN der Grenzen seiner militärischen Möglichkeiten bewusst. Darüber hinaus ist bei dieser Guerilla möglicherweise noch ein Restbestand von ideologischen Grundüberzeugungen vorhanden, die bei den FARC inzwischen weitgehend von politischen und wirtschaftlichen Machtinteressen überlagert werden. So hat der ELN in der Vergangenheit aus prinzipiellen Gründen eine gewisse Distanz zum Drogenhandel gewahrt und seine Einnahmen stattdessen vorwiegend aus Entführungen und Erpressungen erzielt. Auch wenn der Drogenhandel inzwischen zumindest auf regionaler Ebene ebenfalls als Finanzierungsquelle genutzt wird, ist die Verbindung doch weniger eng als im Falle der FARC.

■ **Das wesentliche Hindernis für Fortschritte bei dem Friedensprozess mit dem ELN besteht in dem Widerstand der anderen Konfliktparteien, namentlich der Paramilitärs und der FARC, die kein Interesse an einem separaten Friedensschluss zwischen Regierung und ELN haben können.**

Das wesentliche Hindernis für Fortschritte bei dem Friedensprozess mit dem ELN besteht in dem Widerstand der anderen Konfliktparteien, namentlich der Paramilitärs und der FARC, die kein Interesse an einem separaten Friedensschluss zwischen Regierung und ELN haben können. Darüber hinaus regt sich massiver Widerstand gegen eine neue entmilitarisierte Zone von Seiten der betroffenen Gemeinden, der zuletzt in einer Blockade der Straßenverbindungen zur Atlantikküste zum Ausdruck kam. Die Regierung bemüht sich um einen Konsens mit den betroffenen Gemeinden, zeigt sich in der grundsätzlichen Frage – der Schaffung eines Rückzugsgebiets im mittleren Magdalena – jedoch nicht kompromissbereit.

■ **Die Rolle der paramilitärischen Gruppen**

Neben den beiden großen linksgerichteten Guerillaorganisationen FARC und ELN bilden die paramilitärischen Gruppen die dritte bewaffnete Gruppierung im kolumbianischen Konflikt. Entstanden sind diese „Selbstverteidigungsgruppen“ in den achtziger Jahren als Reaktion auf das Erstarken der Guerilla und die auf eine Verhandlungslösung abzielende Politik des Staates. In der Folge kam es zu einer

engen Allianz mit dem Drogenhandel, die zu einer Verselbständigung und Radikalisierung der Paramilitärs beitragen. Auf die Bekämpfung der Drogenmafia Ende der achtziger Jahre reagierten die paramilitärischen Gruppen mit massiven Terroranschlägen auf Repräsentanten des Staates und mutmaßliche Sympathisanten der Guerilla. Heute bilden sie die Konfliktpartei, die am stärksten an Gewaltakten gegen die Zivilbevölkerung beteiligt sind. Die Zahl der von Paramilitärs begangenen Massaker hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht: Allein in den ersten 20 Tagen des Jahres 2001 wurden mehr als 100 Zivilisten von Paramilitärs ermordet.

Die militärische Stärke der größtenteils in den AUC (Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens) organisierten Paramilitärs hat seit Mitte der neunziger Jahre wesentlich stärker zugenommen als die der Guerilla. Heute zählen sie etwa 8500 aktive Kämpfer, das Neunfache ihres Kontingents im Jahre 1992. Hinzu kommt, dass in der Bevölkerung – insbesondere in der städtischen Mittelschicht – die Sympathie gegenüber den paramilitärischen Gruppen in dem Maße wächst, wie sich die allgemeine Sicherheitslage verschlechtert und der Staat immer weniger in der Lage erscheint, der eskalierenden Gewalt Herr zu werden.

Vor diesem Hintergrund hat die Regierung eine verstärkte militärische Auseinandersetzung mit den paramilitärischen Gruppen angekündigt, u.a. durch die Bildung von Spezialeinheiten aus Militär, Polizei und Geheimdiensten sowie Maßnahmen gegen diejenigen Gruppen, die die Paramilitärs finanziell unterstützen. Auch der Plan Colombia könnte in seiner Konsequenz zu einer Schwächung der paramilitärischen Gruppen beitragen, da sich diese nach eigenen Angaben zu ca. 70 Prozent aus dem Drogenhandel finanzieren.

Eine entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Bekämpfung der AUC besteht ferner in der Modernisierung von Militär und Polizei. Nur wenn der Staat in der Lage ist, wirkungsvoll gegen die eskalierende Gewalt vorzugehen, wird auch die Unterstützung für die paramilitärischen Gruppen abnehmen. In diese Richtung zielt die von der Regierung in Angriff genommene Reform der Streitkräfte, die neben einer Professionalisierung der Armee vor allem

■ Die militärische Stärke der größtenteils in den AUC (Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens) organisierten Paramilitärs hat seit Mitte der neunziger Jahre wesentlich stärker zugenommen als die der Guerilla. Heute zählen sie etwa 8500 aktive Kämpfer, das Neunfache ihres Kontingents im Jahre 1992.

auch eine Stärkung der Legitimität der Streitkräfte zum Ziel hat. Zentrale Bedeutung kommt dabei der Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen durch Armeeangehörige sowie von Verbindungen zwischen den Streitkräften und paramilitärischen Gruppen zu. Auf diesem Feld konnten in den vergangenen zwei Jahren wichtige Fortschritte erzielt werden. Unter anderem wurde die Militärgerichtsbarkeit reformiert, so dass Menschenrechtsverletzungen wie Folter und *desaparición forzada* (Verschwindenlassen von Personen durch staatliche Organe) nunmehr in die Zuständigkeit der zivilen Gerichtsbarkeit fallen. Darüber hinaus wurden allein im Oktober 2000 insgesamt 388 Offiziere aus dem aktiven Dienst entlassen, davon ein Großteil wegen Vorwürfen im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen bzw. Verbindungen zu paramilitärischen Gruppen. Das Ansehen der Streitkräfte hat sich in den vergangenen Jahren wesentlich verbessert, im gleichen Zeitraum ging die Zahl der Militärs zur Last gelegten Verstöße gegen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts kontinuierlich zurück.

■ Referendum und Regierungsumbildung: Innenpolitische Turbulenzen im Jahr 2000

■ Abgesehen von dem stockenden Verlauf des Friedensprozesses war das Jahr 2000 von erheblichen innenpolitischen Turbulenzen gekennzeichnet. Im April nahm Staatspräsident Andrés Pastrana einen schweren Korruptionsskandal im Kongress zum Anlass, um ein Referendum über die Reform der politischen Institutionen anzukündigen.

Abgesehen von dem stockenden Verlauf des Friedensprozesses war das Jahr 2000 von erheblichen innenpolitischen Turbulenzen gekennzeichnet. Im April nahm Staatspräsident Andrés Pastrana einen schweren Korruptionsskandal im Kongress zum Anlass, um ein Referendum über die Reform der politischen Institutionen anzukündigen. Ziel dieser Reform, die in einem ersten Anlauf bereits 1999 im Kongress gescheitert war, ist es, die demokratische Partizipation und die Repräsentativität der politischen Institutionen zu stärken und den vorherrschenden Klientelismus in die Schranken zu weisen.

Besondere Brisanz erhielt die Initiative des Präsidenten jedoch durch den Vorschlag einer vorzeitigen Auflösung des Kongresses. Der Widerstand gegen dieses Vorhaben kostete Pastrana die Unterstützung eines Teils der liberalen Parlamentarier und damit die knappe Mehrheit im Kongress, die die Regierung bis zu diesem Zeitpunkt unterstützt hatte. Die Machtprobe zwischen Regierung und Parlament konnte

letzteres zu seinen Gunsten entscheiden: Der Präsident sah sich gezwungen, den Plan vorzeitiger Neuwahlen zum Kongress fallen zu lassen und den Konsens mit der Opposition zu suchen. Vor diesem Hintergrund kam es im Juli 2000 zu einer umfassenden Regierungsumbildung, bei der führende Repräsentanten der liberalen Opposition – Juan Manuel Santos als Finanzminister und Humberto de la Calle als Innenminister – in das Kabinett aufgenommen wurden.

Durch die Verbreiterung ihrer parlamentarischen Basis gelang es der Regierung, verloren gegangenen Handlungsspielraum zurückzugewinnen. Die Popularität des Präsidenten und seiner Regierung verharrte allerdings weiterhin auf sehr niedrigem Niveau, was vor allem auf die Verschlechterung der Sicherheitslage und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist.

Eineinhalb Jahre vor den nächsten Präsidentschaftswahlen ist nicht klar erkennbar, wie sich die politische Stimmung in den kommenden Monaten entwickeln wird. Die Kommunalwahlen vom 29. Oktober wurden vor allem von lokalen Fragen bestimmt und gaben nur wenig Aufschluss über die politischen Präferenzen auf nationaler Ebene. Zwar erhielten die „unabhängigen“ Kandidaten – u.a. mit dem Wahlsieg von Antanas Mockus in der Hauptstadt Bogotá – neuen Auftrieb. Abgesehen von einer allgemeinen Unzufriedenheit mit der politischen Klasse kann dies jedoch kaum als politisches Signal von nationaler Tragweite verstanden werden, zumal die „Unabhängigen“ in programmatischer Hinsicht nur geringe Gemeinsamkeiten aufweisen.

Als aussichtsreichste Bewerber um die Präsidentschaft erscheinen aus heutiger Sicht Horacio Serpa als Kandidat der Liberalen Partei, Noemí Sanín für die unabhängige Bewegung Sí Colombia sowie der ehemalige Gouverneur von Antioquia, Alvaro Uribe Vélez, der ebenfalls der Liberalen Partei angehört, sich jedoch zum Wortführer der Kritiker des gegenwärtigen Friedensprozesses gemacht hat. Wer der konservative Präsidentschaftskandidat sein wird, dürfte sich erst in den kommenden Monaten entscheiden.

Zur Zeit hat es den Anschein, als könnte der kommende Präsidentschaftswahlkampf zu einer Polari-

■ **Eineinhalb Jahre vor den nächsten Präsidentschaftswahlen ist nicht klar erkennbar, wie sich die politische Stimmung in den kommenden Monaten entwickeln wird.**

sierung zwischen Befürwortern und Gegnern des von der gegenwärtigen Regierung begonnenen Friedensprozesses führen – eine Auseinandersetzung, die nicht ohne Risiken für die weitere politische Entwicklung wäre. Vor diesem Hintergrund hat besondere Bedeutung, was Andrés Pastrana in einem Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* als vorrangiges Ziel für den Rest seiner Amtszeit definierte: die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Friedensprozess irreversibel wird (NZZ 28.2.2001).